

Antrag

der Abgeordneten Josef Hollerith, Arnulf Kriedner, Ulrich Petzold, Dr. Hermann Pohler, Wilhelm Rawe, Dr. Dieter Schulte (Schwäbisch Gmünd), Dr. Christian Schwarz-Schilling, Wilfried Seibel, Werner H. Skowron, Dr. Jürgen Warnke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Paul K. Friedhoff, Jürgen Türk, Werner Zywietz und der Fraktion der F.D.P.

Altlasten des SED-Unrechtsregimes

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

40 Jahre SED-Unrechtsregime weisen eine katastrophale Bilanz auf. Verursacher der Mißwirtschaft in weiten Bereichen staatlichen Lebens war das SED-Regime. Dieses Regime hat ruinöse Stadtbilder, ein völlig veraltetes Telefon- und Verkehrsnetz, Umweltzerstörungen größten Ausmaßes und eine zerrüttete Wirtschaft hinterlassen und zu verantworten.

Für die Menschen in den jungen Bundesländern sind die persönlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen dieser 40jährigen SED-Unrechtsherrschaft sehr groß. Die Spuren, die vier Jahrzehnte SED-Herrschaft in allen Bereichen öffentlichen und privaten Lebens hinterlassen haben, sind tief. Die Beseitigung all dieser Erblasten wird länger dauern als ursprünglich und allgemein zu erwarten war. Der Weg zur inneren Einheit ist noch lang. Die Menschen in den jungen Bundesländern haben in kürzester Zeit einen Umstrukturierungsprozeß zu verkraften und zu gestalten, der in den alten Bundesländern über 40 Jahre hinweg unter demokratischen und marktwirtschaftlichen und damit unter gänzlich anderen Bedingungen verlief. Sie müssen sich auf eine Ordnung umstellen, die die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bis dahin nicht gekannt hat und deren Funktionsmechanismen sie niemals erlebt hat. Die Integration bedurfte und bedarf ungewöhnlicher Anstrengungen.

1. Auf wirtschaftlichem Gebiet hat die Umstellung der ostdeutschen Wirtschaft von der sozialistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft die verheerenden Resultate 40jähriger SED-Mißwirtschaft offengelegt.

Die in der Endzeit der DDR von der Substanz lebende Industrie wies in manchen Industriebereichen Produktionsverluste von weit über 70 vom Hundert der ehemaligen Wertschöpfung auf. Das ist das Ergebnis von

- 40jähriger Abschottung der ehemaligen DDR von den Wettbewerbsmärkten der westlichen Industrieländer;
- sozialistischen Fehlinvestitionen in marktwirtschaftlich betrachtet ineffiziente Arbeitsteilungen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon), die einen entscheidenden Anteil am Zusammenbruch der sozialistischen Volkswirtschaften in Osteuropa hatten, und
- unterlassenen Investitionen in unter Weltmarktbedingungen wettbewerbsfähige Produkte und Produktionen mit Zukunftsperspektiven.

2. Die finanziellen Erblasten des SED-Unrechtsregimes sind erdrückend:

- Bei der Treuhandanstalt werden nach heutigem Erkenntnisstand Gesamtschulden von weit mehr als 250 Mrd. DM auflaufen.
- Der Kreditabwicklungsfonds wird ohne mögliche Verpflichtungen des Bundes aus der Gewährsträgerhaftung für die Staatsbank Berlin rd. 140 Mrd. DM zu tragen haben.
- In der Wohnungswirtschaft ist eine Schuldenbelastung von rd. 58 Mrd. DM zu bewältigen.
- Der finanzielle Aufwand zur Beseitigung der ökologischen Altlasten läßt sich insgesamt noch nicht beziffern. Er wird ebenfalls sehr hoch sein: Allein aus dem ehemaligen Uranabbau der Wismut AG werden sich die Kosten auf rd. 13 Mrd. DM belaufen.

3. Der Bund hat umfangreiche Leistungen in den Bereichen Infrastruktur, Arbeitsmarkt, Renten, Berufliche Bildung, Gesundheit, Umwelt, Landwirtschaft, Forschung und Technologie, Kultur, Familie für die jungen Bundesländer erbracht. In den Jahren 1991 und 1992 beliefen sich allein die Ausgaben des Bundes für die jungen Bundesländer auf rd. 160 Mrd. DM. Umfangreiche Maßnahmen hat die Bundesregierung auch zur Erneuerung und Modernisierung der ostdeutschen Wirtschaft in Kraft gesetzt. Im Vordergrund stehen dabei vor allem Hilfen zur bilanziellen und finanziellen Sicherung der Unternehmen als Voraussetzung für deren Überleben und Bestehen im Wettbewerb:

- Zur Modernisierung des Produktivkapitals und zur Kostenreduktion führt die Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen zur Investitionsförderung, wie z.B. Investitionszulage, Sonderabschreibungen, Eigenkapitalhilfeprogramm, ERP-Programme, Aussetzung von Gewerbesteuer- und Vermögenssteuer, durch.
- Zur Bewältigung der Absatzschwierigkeiten und der notwendigen Umstellung auf Westmärkte mit realer Zukunfts-

perspektive wird die Absatzförderung z. B. durch Unterstützung von Lizenzproduktionen, Partnerschaften bei Marketing und Vertrieb sowie durch die verstärkte Vergabe öffentlicher Aufträge an Betriebe in den jungen Bundesländern verbessert.

- Zur Lösung der dringendsten Managementprobleme in den Unternehmen und Betrieben erfolgen Beratungshilfen und Managementunterstützung bei der Umsetzung von Unternehmenskonzepten.

Bei der Bewältigung der historischen Aufgabe des Zusammenwachsens der alten und der jungen Bundesländer ist jede Form des Kleinmuts unangebracht. Auch in Zukunft wird Beistand durch massive öffentliche Unterstützung in den jungen Bundesländern nötig sein. Angesichts der wirtschaftlichen Lage unseres Landes müssen sich aber die finanziellen Hilfeleistungen am gesamtstaatlich Machbaren und Verkraftbaren orientieren, um nicht die ökonomische Stabilität der gesamten Bundesrepublik Deutschland nachhaltig zu gefährden.

II.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre bisherigen Maßnahmen und Programme zur Bewältigung der Erblasten des SED-Unrechtsregimes fortzusetzen. Die Bundesregierung soll in Zukunft weitere Anstrengungen unternehmen, hinderliche Verwaltungsabläufe und evtl. zeitlich überzogene Genehmigungsverfahren energisch zu bekämpfen. Alle Entscheidungsträger in Bund, Ländern und Gemeinden sind aufgefordert, auf der Grundlage des geltenden Rechts aktiv, zügig und kreativ zu entscheiden und Ermessensspielräume bestmöglich zugunsten der Bürger auszuschöpfen.

1. Unabdingbare Voraussetzung für die Sanierung und das Entstehen wettbewerbsfähiger Unternehmen, Betriebe und Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern muß die Fortsetzung des marktwirtschaftlichen Strukturwandels bleiben. Bestandsgarantien für Unternehmen und Arbeitsplätze kann es daher nicht geben.
2. Die Treuhandanstalt wird aufgefordert, ihre schwierige Arbeit fortzusetzen. Von ursprünglich 12 800 Betrieben befinden sich nur noch 2 000 Unternehmen im Bestand der Treuhand. Durch die Privatisierungen sind 1,4 Mio. Arbeitsplätze gesichert und ein Investitionsvolumen von über 175 Mrd. DM zugesagt. In diesem Zusammenhang ist die beschlossene deutlichere Akzentuierung der Sanierungspolitik zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne in den neuen Ländern durch ein Konzept der Treuhandanstalt alsbald vorzulegen. Die Treuhandanstalt soll bei ihrer Prüfungsarbeit besonderes Augenmerk auch darauf legen, daß wirtschaftlich eigenständige Unternehmen entstehen, der einheimische Mittelstand gestärkt wird und für zukunftsfähige Industrien angemessene Kapazitäten für Forschung und Entwicklung vorgehalten werden.

3. Nachdem es im Rahmen des Solidarpakts zu einer Regelung der Altschuldenfrage im Wohnungsbau gekommen ist, sind die Kommunen und Wohnungsunternehmen aufgefordert, verstärkt Bemühungen zu einer deutlichen Anhebung der Wohneigentumsquote in den neuen Ländern anzustellen.
4. An Bund und Länder wird appelliert, die Vergabe öffentlicher Aufträge an Betriebe in den neuen Bundesländern zu verstärken. Die Vergaberessorts des Bundes haben ihren Anteil an Aufträgen, der an Unternehmen in den jungen Ländern vergeben wird, wesentlich erhöht. Der Deutsche Bundestag appelliert an die neuen Bundesländer, die Präferenzregelung zugunsten ostdeutscher Anbieter umzusetzen, und an die alten Bundesländer, sie zu übernehmen und anzuwenden.

Bonn, den 16. Juni 1993

Josef Hollerith
Arnulf Kriedner
Ulrich Petzold
Dr. Hermann Pohler
Wilhelm Rawe
Dr. Dieter Schulte (Schwäbisch Gmünd)
Dr. Christian Schwarz-Schilling
Wilfried Seibel
Werner H. Skowron
Dr. Jürgen Warnke
Dr. Walter Franz Altherr
Anneliese Augustin
Hans-Dirk Bierling
Wilfried Böhm (Melsungen)
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Monika Brudlewsky
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Wolfgang Dehnel
Albert Deß
Maria Eichhorn
Dr. Kurt Falthäuser
Dr. Karl H. Fell
Leni Fischer (Unna)
Erich G. Fritz
Hans-Joachim Fuchtel
Martin Götsching
Elisabeth Grochtmann
Claus-Peter Grotz
Klaus-Jürgen Hedrich
Manfred Heise
Dr. Renate Hellwig
Dr. Paul Hoffacker
Siegfried Hornung
Dr. Egon Jüttner
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz)
Hartmut Koschyk
Klaus-Heiner Lehne

Christian Lenzer
Editha Limbach
Dr. Manfred Lischewski
Ursula Männle
Theo Magin
Dr. Dietrich Mahlo
Erwin Marschewski
Rudolf Meinl
Dr. Reinhard Meyer zu Bentrup
Maria Michalk
Dr. Rolf Olderog
Friedhelm Ost
Eduard Oswald
Dr. Gerhard Päselt
Ronald Pofalla
Rolf Rau
Dr. Bertold Reinartz
Werner Ringkamp
Helmut Rode (Wietzen)
Heinz Rother
Roland Sauer (Stuttgart)
Heinz Schemken
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Joachim Graf von Schönburg-Glauchau
Dr. Rupert Scholz
Wolfgang Schulhoff
Karl-Heinz Spilker
Wolfgang Vogt (Düren)
Alois Graf von Waldburg-Zeil
Herbert Werner (Ulm)
Dr. Dorothee Wilms
Dr. Roswitha Wisniewski
Wolfgang Zeitlmann
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Paul K. Friedhoff
Jürgen Türk
Werner Zywiets
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion